

Anlage 1

zu der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates
am 14.12.2012 – Punkt 1 ö.S. –

Etatrede 2013 des Ratsmitgliedes Manfred Diehl namens der CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
Sehr geehrte Beigeordnete,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Stabile Finanzen für Koblenz sind nur mit Hilfe von Bund & Land zu erreichen!

Aus dem Gemeindefinanzbericht 2012 des Städtetages zitiere ich:

„Die strukturellen Probleme vieler Städte bestehen weiterhin und sind besorgniserregend. Sozialausgaben steigen, für notwendige Investitionen fehlt Geld. Zu viele Städte müssen ihre laufenden Kosten mit Kassenkrediten bar finanzieren.“ und weiter „Wer den Städten neue Aufgaben überträgt, ob Bund oder Land, muss auch für den finanziellen Ausgleich sorgen. Erste Schritte wie die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund werden sich positiv auswirken. Die Länder wiederum dürfen dem Konnexitätsprinzip: „Wer bestellt, bezahlt“ nicht ausweichen, sondern müssen zum Beispiel die zusätzlichen Kosten der Kommunen für gemeinsamen Schulunterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendliche übernehmen.“ In die gleiche Kerbe schlägt der SPD OB der Stadt Trier (seine Frau ist die Sozialministerin Dreyer!) als Vorsitzender des Städtetages Rheinland-Pfalz, wenn er die Landesregierung auffordert den Begriff freiwillige Leistungen neu zu definieren. Z.B.: bei Kindertagesstätten durch freie Träger ist es nicht nachvollziehbar diese Leistungen in den freiwilligen Leistungsbereich der Stadt zu deklarieren. U.E. sind die meisten freiwilligen Leistungen so gesehen Pflichtleistung!

Das Urteil des Verfassungsgerichts Rheinland-Pfalz in Koblenz hatte ich bereits in unserer Nachtragshaushaltsrede zitiert!

Rat und Verwaltung haben bei diesen Haushaltsberatungen gezeigt, dass sie gewillt sind, fast alles auf den Prüfstand zu stellen, doch letztlich wäre es aussichtslos, wenn sich unsere Stadt allein auf den Weg machen würde, das Defizit so in den Griff zu bekommen.

Selbst wenn wir alle freiwilligen Leistungen streichen würden – Gott bewahre denn dann wäre unser Koblenz eine Stadt mit sozialer Kälte, ohne reiches Kultur- und Sportleben – selbst dann hätten wir keinen ausgeglichenen Haushalt. Denn unsere Verschuldung ist nicht in erster Linie hausgemacht, sondern durch fremde Faktoren bestimmt. Immer mehr Aufgaben wurden von Bund und Land den Kommunen übertragen, ohne sie und dies betrifft besonders das Land, entsprechend finanziell auszustatten, denn der Verfassungsgerichtshof hat klar festgestellt, dass dies Aufgabe des Landes ist.

Beispiel: Selbst im Einnahmerekordjahr 2007 hatte ein Rheinland-Pfälzer 43 Euro Schulden wohingegen der Durchschnittsdeutsche 107 Euro Plus erwirtschaftete. Von den 25 am höchsten mit Kassenkrediten verschuldeten Kommunen in ganz Deutschland sind sage und schreibe 10 aus RLP. Also 40%. Und unter den unrühmlichen ersten 10 befinden sich auch noch 4 aus unserem Bundesland. Da sieht man wo das Defizit Land auf Land ab in RLP ist.

Man kann mit vielen, vielen Zahlen belegen, dass die hohe Verschuldung unserer Städte und Gemeinden auf das Kerbholz des Landes geht.

Der Bund hat offensichtlich eingesehen, dass es so nicht weitergeht und zeigt sich sehr großzügig, indem er die Erstattung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung schrittweise komplett übernimmt. Hierfür nimmt er bis 2016 die gewaltige Summe von 54 Milliarden Euro in die Hand. Für die rheinland-pfälzischen Kommunen 165 Millionen und für die Stadt Koblenz 8 Millionen Euro. Das sollte man sich hinter die Ohren schreiben. Leider fehlt es der Landesregierung an dieser Einsichtigkeit, die der Bund zeigt und so musste sie erst durch Gerichtsbeschluss am 14.2.2012 zu einem Kurswechsel gezwungen werden.

Dass dies wirklich durch Zwang und nicht durch Einsicht geschieht, zeigt das Verhalten der Regierungsfractionen nur eine Woche nach dem Urteil des Verfassungsgerichts. Da wurden den Kommunen in der Landtagssitzung auf die Schnelle weitere erhebliche Mittel weggenommen. Die vom Bund erhöhten Kosten der Unterkunft von 20 Millionen Euro wurden nicht an die Kommunen weitergegeben, sondern genauso kassiert wie der kommunale Anteil an der Erhöhung der Gewerbesteuer. Die hat man um 42% erhöht, aber die Kommunen

nicht wie früher daran beteiligt. Zusammen waren dies 41 Millionen Euro im Jahr – und zwar jedes Jahr - die den Kommunen durch zwei rasch durchgepeitschte Beschlüsse, Anfang 2012, geklaut wurden.

Auch beim Thema Konnexität verhält sich das Land absolut nicht korrekt, obwohl das berühmte Wort „Wer bestellt, bezahlt.“ ja mittlerweile sogar in der Landesverfassung verankert ist.

Hierzu möchte ich stellvertretend nur ein aktuelles Beispiel nennen: Bund und Land haben 2007 eine Verbesserung der Betreuungsinfrastruktur für unter 3-jährige vereinbart und den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für 1-jährige ab dem 1. August 2013 gesetzlich zugesichert- was wir befürworten und gutheißen! Gemäß der ausgehandelten Gemeinschaftsfinanzierung trägt der Bund 1/3 der Kosten und hält sich an die Zusagen, ja er hat sie sogar im Nachhinein noch mal um zusätzliche Mittel ergänzt.

Das finanzielle Engagement des Bundes zum Ausbau von Kindergärten und Kinderkrippen für unter 3-jährige macht für Rheinland-Pfalz 130 Millionen aus, und Kommunen steuern sage und schreibe mittlerweile 350 Millionen bei. Die Stadt Koblenz ja auch. Und das Land? Die Landesregierung trägt mit Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von je 17,5 Millionen Euro in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 zur Betreuung unter 3-jähriger bei. Ist das eine angemessene Gemeinschaftsfinanzierung? 17,5 Land zu 130 Bund zu 350 Mio. Euro Kommune.

Und das meine Damen und Herren, ist nur ein Beispiel dafür, warum die kommunalen Finanzen in RLP so schlecht sind wie sie sind und warum die Verschuldung der Städte und Gemeinden weiterhin dramatisch ist.

Doch es geht ja nicht nur darum, die Neuverschuldung zu reduzieren, sondern auch, die Altschulden sind abzubauen, die uns mit gewaltiger Zins- und Tilgungslast drücken. Die Teilnahme der Stadt Koblenz am Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF) ist daher ein richtiger Schritt, aber beileibe kein Befreiungsschlag. Es ist besser beim KEF mitzumachen als draußen zu stehen. Aber streng genommen ist der von der Landesregierung so gefeierte Entschuldungsfonds eine Mogelpackung. Weil er mindestens drei gravierende Konstruktionsfehler enthält.

Wir, die CDU- Fraktion, hoffen, dass der Wille des Landes, den Kommunen aus der von ihm verursachten Malaise herauszuhelfen, bei der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs ausgeprägter ist als beim KEF. Aber hier wird das Land ja auch durch den Verfassungsgerichtshof kontrolliert und gezwungen zum 1.1.2014 zu handeln.

Die CDU-Fraktion begleitet die Einbringung des Koblenzer Haushalts durch den Kämmerer und Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann- Göttig sehr konstruktiv. In ihrem ersten Haushalt haben Sie hauptsächlich die Kleinen, Vereine, freien Träger mit Kürzungen belegt. Die CDU hat in 2011 mit ihrem 10-Punkteplan und anlässlich des Haushaltes 2012 mit Prüfaufträgen wichtige, strukturelle Weichenstellungen vorgeschlagen. Verwaltung und Haushaltssicherungskommission haben sich damit befasst. Daneben gelten als Orientierung die Eckwerte, die wir genauso mittragen und umsetzen wollen. Dazu gab es Prüfaufträge im Haushalt 2012, ich erinnere an das Gebäudemanagement. Dies konnten wir im September 2012 in der Stadtratsitzung als neues Amt in Auftrag geben und so endlich einer Umsetzung ranführen. Bei der Wirtschaftsförderung gibt es auch einiges zu erläutern. Unser aktuelles Beispiel ist die Glasfaserausstattung:

Der Rat der Stadt muss stets auf eine Grundausstattung Ihrer Bürgerinnen & Bürger, Gewerbetreibenden & gesellschaftliche Gruppen achten. Dies betrifft insbesondere den Breitbandausbau der Stadt, der heute als Daseinsvorsorge anerkannt ist. Die CDU hat das Thema Glasfasernetzausbau eingebracht. Nun trägt unsere Forderung erste Früchte und flächenmäßige Glasfaserausstattungen in Bereichen Altstadt, Südliche Vorstadt, Teile von Güls, Oberwerth, Karthause, Teile der Goldgrube und Lützel. Das wir uns hier auch finanziell einbringen müssen, steht für die CDU außer Frage. Die Kevag Telekom ist neben der Telekom Infrastrukturpartner. Auch diese Ansätze gehen auf unser Betreiben mit den entsprechenden Anträgen zurück, denn nur wenn wir innovativ sind, ist die Stadt auch attraktiv. Zur Baumaßnahme müssen Bürgersteige, Straßen und öffentliche Flächen aufgemacht werden. Insgesamt lässt die Stadt Koblenz die anschließende Reparatur, Sanierung oder komplette Erneuerung sich 1. Million Euro kosten. Für Koblenzer Bürger & Betriebe 1.Mio. Euro strukturelle Verbesserung

Wasserraumbewirtschaftung:

Die CDU-Fraktion hat die Wasserraumbewirtschaftung, als Einnahme für die Stadt Koblenz eingebracht und forciert. Erstmals, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir im Haushalt 2013 einen Ertrag dafür von 250.000,- Euro stehen. Das reduziert nur das Haushaltsloch, stopft es aber nicht. Die Wasserraumbewirtschaftungskosten werden aber nicht von den Koblenzer Bürgern/innen erbracht, sondern andere erbringen sie, damit wir auch dort noch mal ein Loch stopfen können.

Als Bettensteuer gestartet steht nun die Fremdenverkehrsabgabe an:

Mit der Bettensteuer wollten Sie Herr Oberbürgermeister und Kämmerer jährlich 750.000,- Euro einnehmen. Die CDU stoppte Sie, berechtigt!, mit dem Hinweis das Bundesverwaltungsgerichtsurteil in Leipzig abzuwarten. Mit dem Urteil aus Leipzig wurden die Geschäftsreisen aus der Abgabe gestrichen. Der darauf zu erfolgende Aufwand bei unseren Steuerzahlern, den Koblenzer Beherbergungsbetrieben, ist u. E. nicht vertretbar.

So geht die CDU nun einen gerechteren, und für die Steuerschuldner einfacheren Weg, mit der Fremdenverkehrsabgabe. Zumal wir seit 1972 Fremdenverkehrsstadt sind.

Kindertagesstätten Neubauten:

Koblenz steht mit der Kitabetreuung sehr gut dar. Wir danken der Bürgermeisterin, der Jugend- und Sozialdezernentin Marie-Therese Hammes –Rosenstein und Ihrem Team.

Die CDU-Fraktion unterstützt den Haushalt 2013 weil u.a. in die Kindertagesstätten so stark investiert wird. 3 Beispiele:

=> Musikerviertel um Oberwerth Baukosten 1.98 Mio. Euro

Landeszuschuss 253.000,- Euro, Unterdeckung 1,732 Mio. Euro

=> Boelcke Kita 2.261.000 Euro

Landeszuschuss 257.000,- Euro, Unterdeckung über 2 Mio. Euro

=> Güls Kita Rappelkiste Baukosten 2,2 Mio. Euro

Landeszuschuss 249.000,- Euro, Unterdeckung also 1,96 Mio. Euro

Insgesamt sind von der Stadt Koblenz für die 3 Maßnahmen netto alleine 5,701 Mio. Euro selbst zu tragen.

Obwohl der Bund bei Beginn der Kita- Baumaßnahmen 12 Milliarden, also 1/3 übernahm und in diesem Sommer noch mal 580 Millionen nachschoss, ist der Verteiler, das Land, nur mit einem pauschalen Bruchteil bei unseren Maßnahmen dabei. Im Durchschnitt etwa 250.000 €.

Wir erwarten auch, dass die Stadt Koblenz von den neuen Bundesmitteln an den laufenden Betriebsmitteln der Kitas ab 2014 mit jährlich 807 Mio. Euro im Bund einen dicken Batzen abbekommt. Ab 2015 sind das sogar 845 Millionen Euro.

Trotz Milliarden vom Bund kommen durch den Finanz-Engpass Land Rhld.-Pfalz nur kleine Beträge in den Kommunen an. Dabei sollte das Land Wissen, dass z.B. der Bodenpreis auf dem Oberwerth teurer ist (zum Beispiel 300,- Euro) als im Landkreis Koblenz. Damit ist doch klar, der Grundpreis in Koblenz ist deutlich teurer! Uns kosten die Investitionen deutlich mehr.

Wir haben uns für die Sanierung der Naturwissenschaftlichen Räume an unseren weiterführenden Schulen massiv eingesetzt, auch ein Grund mehr für eine Zustimmung zum Haushaltsentwurf.

Gemeinwohl, Vereine & Verbände & freie Träger

Exemplarisch nehme ich den Sporterhalt in Koblenz unter die Lupe.

Erst in 2014 soll die Sanierung der Sportplätze Koblenz Südplatz & Karl-Adam-Platz beginnen. 2.189 Mio. Euro sind nötig.

Landeszuschuss 320.000,- Euro. Die Stadt trägt also 1,87 Mio. Euro. Das hat Methode! Die Sachen wurden nicht eingebracht, denn auch noch 6 Wochen vorher berichtete die Rhein-Zeitung von denen ich zitiere „drastischen Worten“ des OB und Kämmersers wörtlich: „Wenn sich die finanzielle Situation der Stadt Koblenz in naher Zukunft nicht dramatisch verbessert, wird sie sich ab 2016 das Stadttheater nicht mehr leisten können.“ und direkt weiter Herr Oberbürgermeister: „Dieses Szenario, das auch Sportvereine mit einschloss, die wegen fehlender städtischer Zuschüsse reihenweise pleite gehen.“ zeichneten Sie Herr Oberbürgermeister. Herr Kämmerser, mit der Nichtbeachtung notwendiger Investitionsprojekte im Sport (ihre Anlage 5 Notiz bei Einbringung ihres Haushalts) haben Sie die Sportvereine bereits vergessen!

Angeführt von der CDU-Fraktion und SPD haben wir Ihr „Vergessen des Sports“ getilgt. Wir achten weiterhin auf ausgewogene Akzentsetzung bei Kultur, Sport, Jugend und Soziales.

Ich mache auch gleich weiter mit Sport, gemäß Ihrer Haushaltseinbringungsrede zum Thema Hallenbad. Zitat: „Ich rechne in den nächsten Monaten mit konzeptionellen Vorschlägen“. Da hat, Herr Oberbürgermeister, der Rat der Stadt Koblenz bereits gehandelt! Der Rat hat das Grundstück reserviert und Baurecht geschaffen! Wo bleibt Ihr Handeln statt abzuwarten? Wir erwarten von Ihnen Klartext zur Badsituation in Koblenz.

Das heißt aber auch, zur Kenntnis zu nehmen, dass in

2010 das Bundeswehrbad in der Falkensteinkaserne schloss, (wäre mögliches Ausweichbad für den Leistungssport gewesen)

2012 das Stadtbad Weisser Gasse zumachte und

2014 das Uni-Bad Oberwerth vom Land abgerissen wird.

Drei Bäder gehen weg, der Ersatz ist noch nicht gesichert. „Baden gehen“, am 05.12.2012 hat die Rhein-Zeitung dies so titulierte.

Die CDU-Fraktion fordert Sie auf, den u. E. eklatanten Sanierungsstau bei den Sportstätten in Koblenz zusammen tragen zu lassen und ein Konzept zum Erhalt des Sports in Koblenz vorzulegen. 150 Sportvereine mit über 41.000 Mitgliedern verdienen es, unser aller Unterstützung zu erfahren.

Wirtschaftsförderung:

Wir begrüßen die Gewerbeansiedlung an der A61 in interkommunaler Zusammenarbeit. Exemplarisch hier genannt die Amazonansiedlung.

Sehr geehrter Kämmerer und Oberbürgermeister,

nachdem Sie über Ihre ersten Jahre bei Kleinem gespart haben müssen inzwischen Aufgaben die auch von Privaten angeboten werden auf den Prüfstand. Wir haben auf den Prüfstand gestellt Krematorium, Forst, Hallenbad, Gartenbau, Krankenhaus....

Lassen Sie mich daher einige Diskussionspunkte in Erinnerung rufen die in diesem Jahr 2012 unsere Meinung erforderte.

Die Pro-Kopf-Verschuldung aus Investitionskrediten steigt Ende 2012 erstmals über 3.000,-- Euro je Koblenzer (bei steigenden Einwohnerzahlen!) genau beziffert auf 3.224,-- Euro von 2.598,37 Euro in 2011!

Hatte die Stadt Koblenz Anfang 2011 noch ein errechnetes Eigenkapital von 532 Mio. Euro so sind es nach dem Haushalt 2013 noch 419 Mio. Euro, also 113 Millionen Euro weniger in 3 Jahren! Unser nochmaliges Resümee der CDU- Fraktion: Stabile Finanzen der Stadt Koblenz gibt es nur mit Bund & Land!

Wir danken den Mitgliedern des Stadtvorstandes und der Verwaltung für das Engagement, dass der Haushalt 2013 bereits in 2012 vorgelegt und verabschiedet werden kann.

Nach dem derzeitigen Stand können wir dem vorgelegten Haushalt 2013 zustimmen.

Danke sehr!

Anlage 2

zu der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates
am 14.12.2012 – Punkt 1 ö.S. –

E t a t r e d e 2 0 1 3 des Ratsmitgliedes Detlev Pilger namens der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Herrn Dezenten, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste,

alle Jahre wieder, stehen wir vor der gewaltigen Aufgabe einen Haushalt zu kommentieren und anschließend zu verabschieden.

Keiner von uns macht es sich leicht und keiner von uns stimmt gerne den Sparvorschlägen von Herzen zu.

Bedeutet doch Sparen immer auch Einschränkung und geht bei mancher Einrichtung damit nahezu an die Existenz.

Notwendige Sparbemühungen, die von uns mit erarbeitet und unterstützt werden, dürfen nicht dazu führen, dass Signale in die falsche Richtung gegeben werden.

So wäre gerade jetzt, wo uns fast täglich notwendige Maßnahmen zum Klimaschutz vor Augen geführt werden, die mögliche Auflösung des Umweltamtes das völlig falsche Signal.

Dies könnte von der Bevölkerung sehr leicht so interpretiert werden, als ob die Belange des Umweltschutzes nicht weiter von so großer Bedeutung wären. Beim Klimaschutz geht es sehr stark um Bewusstseinsbildung, die oft durch kleine Schritte zu Veränderungen führt.

Es reicht nicht aus, dem kommunalen Umweltbündnis beizutreten, es müssen konkrete Maßnahmen folgen. Handlungen sind im Interesse der Sicherung der Zukunft, die nicht nur fiskalisch zu betrachten sind, vorzunehmen. Dazu gehören der vorgeschriebene Luftreinhalteplan und der Lärmaktionsplan.

Warum werden Geschwindigkeitsbeschränkungen in Koblenz, die längst im Umfeld realisiert wurden, nicht auch bei uns umgesetzt?

Im Interesse der Verbesserung des Kleinklimas und zur Stärkung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt wollte die SPD Ratsfraktion immer die Sperrung der Clemensstraße für den Individualverkehr.

Nun werden neben der Umwelt auch die Geschäftsleute im und um das Schängelcenter die Zeche für die Öffnung der Clemensstraße zahlen.

Die SPD hatte außerdem eine vollkommen andere Verkehrsführung am Clemensplatz vorgeschlagen, die zu einer erheblichen Entlastung geführt hätte. Leider wurde dieser grundlegende Schritt, damals von den anderen Fraktionen nicht mitgetragen.

Wir freuen uns, dass unser Antrag „Reinigung aus einer Hand“, den wir vor sieben Jahren gestellt haben nun unter dem Begriff: „Produkt Straße“ zum 01. Januar endlich umgesetzt wird. Sämtliche Arbeiten bei öffentlichen Straßen werden nun vom Eigenbetrieb 70, der ab Januar „Kommunaler Servicebetrieb Koblenz heißen wird, durchgeführt.

Hierdurch besteht nun die berechtigte Hoffnung, dass nicht nur die Leistungen effektiver erbracht werden, sondern dass die Aufgaben auch wirtschaftlicher vollzogen werden.

Das gerade der Eigenbetrieb 70 hierzu in der Lage sein wird, hat er unter der Leitung seines Werkleiters Edgar Mannheim, in den vergangenen Jahren eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Seit einem Jahr sammelt der Eigenbetrieb wieder die Abfälle im Stadtgebiet und auch im Landkreis Cochem-Zell zur vollsten Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger, und zudem noch kostengünstiger als private Anbieter.

Hiermit wurden diejenigen widerlegt, die meinen dass Private, Leistungen kostengünstiger als die öffentliche Hand erbringen würden.

Aus diesem Grund sind wir auch gegen die Privatisierung des Krematorium, des Kongressbetriebs inklusive der Rhein Mosel Halle und des Kulturbaus.

Private Dienstleister sind in erster Linie an Gewinnmaximierung interessiert und nicht deckungsgleich mit den Zielen einer sozialen und bürgernahen Stadt. Häufig werden z.B. von den Reinigungsfirmen zwar formal vereinbarte Mindestlöhne gezahlt, jedoch die zwangsläufigen Überstunden bleiben ohne Ausgleich.

Auch für gerechte Entlohnung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern tragen wir Verantwortung.

Der Koblenzer Stadtwald muss im Besitz unserer Stadt bleiben. Der Stadtwald ist nicht vorrangig Wirtschaftsgut sondern Erholungsgebiet. Eine verantwortliche Holznutzung darf nicht in Frage gestellt werden. Das staatliche Forstamt, hat in einer Stellungnahme deutlich gemacht, warum eine Privatisierung abzulehnen ist und hat damit unsere Ablehnung untermauert.

Von Beginn an hat die SPD Ratsfraktion die Umwandlung des Klärwerks in einen energieautarken Betrieb mit Initiativen konstruktiv begleitet und hofft nun auf eine baldige Realisierung, die sich finanziell und ökologisch positiv auswirken wird.

Wenig Bemerkung findet gegenwärtig ein Großprojekt, dass durch viele Anträge der SPD Fraktion auf den Weg gebracht wurde. Der Hochwasserschutz in Lützel befindet sich auf der Zielgeraden. Es darf an dieser Stelle durchaus einmal erwähnt werden, dass das Land 90 %, der 40 Millionen finanziert und die städtischen Mitarbeiter und die beauftragten Firmen dort ganz hervorragende Arbeit leisten.

Ein weiterer Vorschlag, wie vorhandene Ressourcen effektiver eingesetzt werden könnten, wäre die Gründung eines Amtes für Bildung. Es wäre wichtig, alle mit Bildung befassten Akteure in einem Amt zusammenzufassen, so könnten die verschiedenen Arbeitsbereiche optimal vernetzt und Entscheidungen schneller getroffen werden. So könnte die Schulverwaltung, die VHS, die Musikschule, die Bibliothek, das Kulturamt und die Migrationsstelle in einem Amt für Bildung, Weiterbildung und Kultur zusammengefasst werden. Solange die vorbeugende Sozialarbeit an den Schulen nicht ausgebaut wird, könnten so vorhandene Ressourcen zumindest optimiert werden. Der Schlüssel der Integration und eine dauerhafte Teilhabe wirklich aller jungen Menschen an einer selbst bestimmten, von Transferleistungen unabhängigen Lebensgestaltung, liegt ganz eindeutig in der Bildung. Bildung ist der Stoff, mit dem die Zukunft unserer Stadt und die der Gesellschaft gesichert werden. Das dies ohne große Mehrkosten umgesetzt werden könnte, verleiht der Idee noch einen ganz besonderen Reiz. Es darf auch zukünftig nicht mehr vorkommen, dass an einer Koblenzer Schule über Monate die Lichtenanlage in der Halle defekt ist oder der Sanitärbereich einer Halle nicht benutzt werden kann, weil die Reparaturen nicht ausgeführt werden können.

In einer Grundschule müssten dringend Schadstoffmessungen durchgeführt werden, da diese nicht erstellt werden, steht das Mobiliar ebenfalls seit Monaten in den Fluren. In Mainz haben bei einer Podiumsdiskussion mit Staatssekretär Beckmann, ehemalige Schülerinnen und

Schüler der Julius Wegeler Schule der Schule ein katastrophales Zeugnis ausgestellt. Sie beklagten Schimmelbefall, unmögliche Toiletten und eine überalterte und defekte Lehrküche. Gegenwärtig sind einige Bereiche stark mit erhöhten Schadstoffwerten belastet, eine Mustersanierung eines Klassenraumes wird im nächsten Jahr deutlich machen, ob hierdurch die Werte erheblich gesenkt werden können. Dann würde die Sanierung des gesamten Areals folgen.

Das Projekt Bürgerzentrum in Lützel muss im nächsten Jahr realisiert werden. Leider hat der Bund die Zuschüsse für die Idee „Soziale Stadt“ auf nahe zu Null heruntergefahren. Die Landesmittel stehen in Höhe von 2000 € zur Verfügung und die Bürgerinnen und Bürger warten nun auf die Umsetzung ihrer Vorschläge. Es wäre ein fatales Signal, wenn sich die Stadt von diesem Vorhaben verabschieden würde. Lützel hat keinen Ort der Begegnung. Ehrenamtliche haben sich für ihr Bürgerzentrum engagiert. Das Stadtteilstfest hat Lützel eine neue Identität gegeben. Nun müssen die Pläne ausgeführt werden.

Bildung, Straßenbau, Gesundheitsversorgung, bezahlbarer Wohnraum und eine flächendeckende Infrastruktur gehören zu den so genannten Basics oder auf Deutsch zu den Grundlagen einer lebenswerten Stadt.

Wir sind wohl die einzige Westdeutsche Stadt, die so viel Erneuerung und zukunftsweisende Ausrichtung erfahren hat und damit von vielen Instituten eine hervorragende Prognose bekommen hat.

Wir dürfen diese Chancen nicht durch falsches Sparen in Frage stellen.

Dies gilt ganz besonders, neben den Bereichen die ich eben erläutert habe, für Soziales und Jugend.

Die Leitung des Koblenzer Stadttheaters hat gewaltige Anstrengungen unternommen, um die Kosten zu senken. Man ist hierbei deutlich an die Schmerzgrenze gekommen. Wer nun noch mehr Sparen fordert, soll Ross und Reiter nennen und klar machen, dass man am 3 Spartenhaus nicht festhalten will. Nur den Eindruck erwecken, man will Sparen und die Qualität und das Angebot erhalten, ist unsolid.

Liegenschaften der Stadt müssen schneller vermarktet werden, ich denke hier zum Beispiel an das Areal in der Weißergasse. Hier sind manche Verwaltungsabläufe zu zähflüssig und hemmen eine zügige Entwicklung.

Für die Verwaltung wurde ein Personalkonzept erarbeitet. Dies ist grundsätzlich zu befürworten und kann zu größerer Effizienz führen. Im Personalplan soll eine erhebliche Anzahl von Stellen nicht mehr besetzt werden. Gleichzeitig gibt es heute schon eine riesige Anzahl von Überstunden, die die einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor sich herschieben. Wie zukünftig mit wesentlich weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die gleiche Arbeit, in gleicher Qualität bewerkstelligt werden soll, ist mir noch nicht deutlich geworden.

Der Stadtvorstand, die Verwaltung und der Rat haben große Anstrengungen unternommen effektiv zu sparen. Die Haushaltsstrukturkommission hat hierzu einen wertvollen Beitrag geleistet. Manche oder die meisten von uns, stimmen den Sparvorschlägen nur mit schwerem Herzen zu. Wer noch mehr Sparen fordert, soll genau sagen wo und wie und die damit verbundenen Konsequenzen nicht vergessen, den Betroffenen, zu erklären. Trotz all unserer Bemühungen werden wir den Haushalt nicht sanieren können, da die Kommunen insgesamt strukturell unterfinanziert sind.

Das Land hat einen wichtigen Schritt mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds in die richtige Richtung gemacht. Aber dies reicht nicht aus.

Es ist kein hausgemachtes Problem unserer Stadt, auch wenn mancher den Anschein erwecken will! Die Überschuldung trifft auf fast alle bundesdeutschen Großstädte zu, wobei manche schon handlungsunfähig sind und bedeutende Einrichtungen bereits schließen mussten.

Der Bund und die Länder müssen den Kommunen bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen bieten und diesen nicht nur Aufgaben übertragen, sondern finanziell ausgleichen. Der Kommunale Finanzausgleich muss neu ausgerichtet werden.

Entscheidend wird auch sein, ob die Fraktionen innerhalb des Stadtrates sich aus parteitaktischen Gründen verweigern oder ob wir konstruktiv bei der Entschuldung und Weiterentwicklung unserer Stadt zusammenarbeiten.

Die Bürgerinnen und Bürger werden es uns lohnen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Anlage 3

zu der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates
am 14.12.2012 – Punkt 1 ö.S. –

E t a t r e d e 2 0 1 3

des Ratsmitgliedes Angela Keul- Göbel
namens der BIZ-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste,

Unseren Forderungen nach längerfristigen Konsolidierungsmaßnahmen sind Sie, Herr Oberbürgermeister, teilweise ansatzmäßig gefolgt. In der Einarbeitung eines Teils der gemachten Einsparvorschläge in den vorliegenden Haushaltsentwurf sehen wir einen guten Ansatz. Dass Sie, Herr Oberbürgermeister, z.B. endlich den seit Jahren vom RPA unterbreiteten Vorschlag aufgreifen, die Versicherungsverträge zu überprüfen und auszuschreiben ist lobenswert.

Uns ist es wichtig, dass Verwaltung und Rat mit dem notwendigen Problembewusstsein die Weichen neu stellen und die erforderlichen Reformen aus eigener Kraft einleiten – bevor die ADD oder der Staatskommissar es tun.

Wie im letzten Jahr fehlt uns jedoch weiterhin die Aufgabenkritik. Ansätze sind erkennbar und das ist gut – etwa in der Auflösung des Versicherungsamtes und Eingliederung in das Haupt- und Personalamt.

Doch in einem anderen freiwilligen Bereich, nämlich bei der Nachnutzung der BuGa, also der Unterhaltung der Grünflächen, bleibt der um 1 Mio. € erhöhte Ansatz aus dem

letzten Jahr, obwohl es sich dabei keinesfalls um eine Pflichtaufgabe der Gemeinde handelt und diese Betätigung damit grundsätzlich der Aufgabenkritik zu unterziehen ist. Dazu kommt jetzt noch, wie aus der Anlage 1 ersichtlich, die ihnen allen mit der Einladung zur heutigen Ratssitzung eingegangen ist, der Vorschlag der Verwaltung, zusätzlich zu den knapp 6,5 Mio. € für die Erhaltung der Grünflächen, weitere 30.000 € für die Pflege von Ausgleichsflächen einzustellen, die in Bebauungsplänen im Rahmen der BUGA angelegt worden sind. Dies tragen wir nicht mit.

1. Wir beantragen, diese 30.000 € zu streichen. Der EB Grünflächen muss mit dem gegenüber 2011 um 1 Mio. € erhöhten Ansatz zurechtkommen.

Den anderen freiwilligen Bereich, nämlich den des Eigenbetriebs Koblenz Touristik, verschonen Sie, Herr Oberbürgermeister, weiterhin. Obwohl es sich bei allen Ausgaben in diesem Eigenbetrieb um freiwillige Leistungen handelt, erfolgen hier sehr wenige Einsparungen, sondern –unabhängig vom Bau der RMH- sogar erhebliche Mehrausgaben. Trotz hoher Wertpapiererträge und höherer Umsatzerlöse ist der Eigenbetrieb Koblenz-Touristik nicht in der Lage schwarze Zahlen zu schreiben. Der Wirtschaftsplan 2013 schließt mit einem Jahresfehlbetrag, also einem Defizit, von 1,65 Mio. €. So kann eine Haushaltssanierung nicht gelingen. Hier besteht großer Handlungsbedarf.

Der defizitäre Bereich „Kongressbetrieb“ samt Rhein-Mosel-Halle sollte ebenso privatisiert werden wie das Krematorium –hier warten wir noch das Zwischenergebnis vor den Haushaltsberatungen 2014 ab- sind jedoch grundsätzlich derselben Meinung wie die CDU- Fraktion, und der Kulturbau auf dem Zentralplatz.

Wir benötigen nicht nur höhere Umsatzerlöse, sondern auch Einsparungen. Doch was schlägt die Verwaltung vor? Die Aufgaben und Ausgaben des EB werden erhöht! Aus Anlage 6 ist ersichtlich, dass für Gruppenreisen weitere 17.000 € in den HH eingestellt werden sollen. Das wollen wir nicht.

2. Wir beantragen, diese 17.000 € zu streichen, sowohl in den Ausgaben als auch bei der Auflösung der allgemeinen Rücklage.

Gegen die Stimmen der BIZ-Fraktion wurde im HuFa beschlossen, dass sich der EB an der Mosellandtouristik beteiligt. Hier kommen dann noch jährlich Verlustübernahmen

dazu und da teilen wir die Ansicht der ADD, dass hier kein Ausnahmetatbestand vorliegt, sondern die beabsichtigte Beteiligung konträr zu notwendigen Einsparungsbemühungen steht.

Gleiches gilt für den Beschluss hinsichtlich der Veranstaltungsreihe „Mittelrhein Musik Festival“.

Für die RMH benötigen wir eine neue Wirtschaftlichkeitsanalyse. Das hat die Verwaltung uns zugesagt. Wir erwarten die Vorlage im 1. Quartal 2013, und darum bitten wir, denn die bei der Aufstellung der Kosten gemachte Wirtschaftlichkeitsanalyse ist vollkommen überholt, dadurch dass sich die Kosten fast verdoppelt haben.

Auf Grundlage der Kostenschätzung, wonach die Rhein-Mosel-Halle mit Foyerhaus und Anbau eines Tagungszentrums 20 Millionen Euro kosten würde, wurde damals schon errechnet, dass die jährlichen Gesamtausgaben nach dem Umbau bei 2.7 Mio. € liegen werden. Hierbei wurden die Fremdkapitalkosten auf eine Summe von 16 Millionen € einbezogen. Diese Summe hat sich leider erheblich erhöht. Deshalb müssen aufgrund der gestiegenen Herstellungskosten diese Summen ebenfalls fast verdoppelt werden.

Warum legt die Mehrheit des Rates so großen Wert auf die Weiterentwicklung des Tourismus und vernachlässigt dabei die Stärkung der Wirtschaft? Der EB Touristik „wirbt“ mit einem Jahresverlust von 1,6 Mio € trotz Wertpapiererträgen von über 5 Mio. €! So kann eine Haushaltssanierung nicht gelingen. Hier besteht großer Handlungsbedarf.

In 2012 ist das Gewerbesteueraufkommen hinter den Erwartungen geblieben. Hier müssen wir tätig werden. Hier ist das Wirtschaftsförderungsamt gefordert! Und nicht beim Tourismus!

Denn nur eine starke Wirtschaft sorgt für mehr Gewerbesteuereinnahmen. Am 23.08.2012 hat der Rat gegen unsere Stimmen das Städtebauliche Entwicklungskonzept beschlossen. Ich zitiere aus dem Konzept: „Ausgehend von den Zahlen der Tages- und Übernachtungsgäste ermittelt das Einzelhandels- und Zentrenkonzept ein touristisches Umsatzpotential ..., das etwa 4 % des Bruttoumsatzes im Einzelhandel entspricht.“ Selbst eine Verdoppelung hätte keine gravierenden Auswirkungen auf das Gewerbesteueraufkommen.

Die BIZ-Fraktion zweifelt daran, dass mit den massiven Mehrausgaben des EB tatsächlich Mehreinnahmen erzielt werden. Gestützt werden wir durch die Aussage des

Caterers im Kurfürstlichen Schloss. Dieser konnte Umsätze und Erträge nicht im erforderlichen Maß erreichen. Vielmehr hat er –wie von mir von Anfang an befürchtet – die Gewinne der BuGa mitgenommen und will nun aus dem Vertrag entlassen werden. Unsere Zweifel werden auch gestützt durch die Zahlen des EB 83. Für 2013 wird der Ansatz für Einnahmen aus Saalvermietungen im Schloss um 1/6-tel gekürzt, von 90 T€ auf 75T€. Die BIZ-Fraktion schlägt hierzu vor, dass die Werksleitung gemeinsam mit dem Rechtsamt überlegt, welche Möglichkeiten bestehen, aufgrund der neuen Rahmenbedingungen den Mietzins gegenüber der BIMA abzusenken.

In der RMH und im Romanticum dürfen wir auf den Erreichungsgrad der prognostizierten Umsätze gespannt sein, vor allem weil in der RMH nur 60T€ mehr Einnahmen erwartet werden als im Romanticum. Immerhin sind wir weit entfernt davon, dass der Haushalt des EB 83 innerhalb von fünf Jahren ausgeglichen sein wird. Das weitere Defizit muss dann der städtische Haushalt tragen.

Wir sind daher der Überzeugung, dass der defizitäre Bereich „Kongressbetrieb“ samt Rhein-Mosel-Halle privatisiert werden sollte. Ein privates Unternehmen wird ein Defizit von 250.000 € bei Rhein in Flammen nicht als Erfolg feiern. Wir sind überzeugt davon, dass solche Veranstaltungen dann so geplant werden, dass Gewinne erzielt werden. Auf Flammenstäbe, die sich als absolute Fehlinvestition erwiesen haben, wie die BIZ-Fraktion es vorausgesagt hat, wird man dabei ganz sicher verzichten.

Während der OB sich beim „Tourismus“ großzügig erweist wollte er, dass bei den Sparten Jugend und Soziales 4,73 % der bereits mehrfach gekürzten Beträge pauschal eingespart werden. Wie im letzten Jahr hat sich die BIZ-Fraktion gegen die pauschalen Einsparungen gewandt. Dieses Mal mit Erfolg: Mit den Stimmen von CDU und Grünen wurden auf Antrag der BIZ-Fraktion die zunächst gekürzten ca. 51.T€ für die freien Träger wieder in den Haushalt eingestellt.

Uns ist es wichtig, dass die freien Träger vorbeugend tätig werden. Was wir hier einsparen, zahlen wir in den nächsten Jahren an staatlicher Stelle potenziert aus - mit allen negativen Begleiterscheinungen insbesondere für die betroffenen Menschen.

Meine Damen und Herren, ich kann es Ihnen nicht ersparen: auch im Haushalt 2013 stehen Investitionen für die Gigantomanie am Zentralplatz an. Die BIZ- Fraktion hat von Beginn an immer auf die finanziellen Folgen des Zentralplatzprojektes hingewiesen. Herr Diehl sagt hier. „Wir bedauern, dass die Schulden in diesem Maße ansteigen.“ Wenn man vorher solche Beschlüsse fast, dann bleibt das einfach nicht aus. Nun ist das eingetreten, was wir immer befürchtet haben. Die Kreditaufnahme für die Herstellung des Kulturbaus reicht nicht aus. Deshalb wird die Koblenz Touristik für das „Romanticum“ und das Stadttheater für die Theaterkasse „zur Kasse gebeten.“ Um das enorme Defizit zu reduzieren, stellen wir folgenden Antrag:

3. Wir beantragen: Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass für die Nutzung des Glasaufzugs und der Dachterrasse von Beginn an ein Benutzungsentgelt von mindestens 1 € pro Besucher festgelegt wird.

Wir haben keinen Beschluss des Stadtrates gefunden, der der Bevölkerung eine kostenlose Nutzung des Glasaufzugs und der Dachterrasse zusichert. Daher stellen wir heute den Antrag.

Mit der Anlage 1 zur Änderungsliste Ergebnishaushalt 2013 will der Kämmerer 39.800 € zusätzlich in den Haushalt einstellen. Damit sollen Kataloge für das „Forum Confluentes“ gedruckt werden. So würden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Kulturgebäude auf ca. 521 T€, also auf mehr als eine halbe Million Euro steigen. Wir sind der Auffassung, dass die notwendigen Kosten für Katalogdrucke durch Verkauf der Kataloge gegenfinanziert werden müssen! Bei Unterdeckung reichen die bereits im Haushalt eingeplanten Ausgaben von 481.T€ aus !

4. Wir beantragen daher die Streichung der zusätzlichen 39.800 Euro.

Für den Transport von Kunstgegenständen in das „Forum Confluentes“ sollen laut Änderungsliste Ergebnishaushalt zusätzlich weitere 100.000 € bereitgestellt werden, insgesamt also fast 509 T€ sonstige laufende Aufwendungen. Damit stehen für den Umzug des Mittelrhein-Museums 228.000 € im Haushalt.

5. Wir beantragen, dass diese Mittel nicht gegenseitig deckungsfähig sind mit den restlichen Mitteln in Zeile 18, sondern nur für Umzugskosten verwendet werden dürfen.

Regelrecht erschrocken sind wir über die Höhe der Reinigungskosten für den Kulturbau. Ich bin sicher, wenn man hier eine Umfrage gestartet hätte, wie hoch werden die Reinigungskosten nachher, niemand von uns hätte diese Summe geschätzt, und ich weiß nicht wie viele von Ihnen sie wissen. 277.000 € für 9 Monate, also 360.000 € im Jahr werden dafür fällig! Was könnte man damit sinnvolles anfangen! Aber die Ratsmehrheit will es so. Insgesamt belastet der Kulturbau den konsumtiven Haushalt mit Mehrausgaben von 3,1 Mio. €. Das Geld könnten Schulen und Infrastruktur besser gebrauchen. Dort wäre es sinnvoll investiert. Hier wird es sinnlos ausgegeben.

Bereits in der Sitzung des Stadtrats am 27.11.2008 wurde der damalige OB gebeten, mit dem Land bezüglich der Zuschussgewährung für den Kulturbau mit dem Ziel nachzuverhandeln, dass ein höherer Landeszuschuss erzielt wird. Dies ist weder dem Alt-OB noch Ihnen, Herr OB, gelungen. Vielmehr haben Sie sogar den geminderten Zuschuss zur BuGa noch als gelungenes Verhandlungsergebnis verkauft. Dabei steht nach Überzeugung des gesamten Rates fest, dass die Landeszuschüsse generell viel zu niedrig sind.

Dass, wie mein Vorredner schon betont hat, dass viel gepriesene Konnexitätsprinzip von der Landesregierung mit Füßen getreten wird zeigt sich auch an anderen Beispielen. Ganz gravierend sind die Schülerbeförderungskosten. Die Schülerbeförderung ist eine originäre Aufgabe des Landes. Das Land hat die Beförderung auf die Städte übertragen. Trotzdem legen die Städte Geld drauf. Bisher waren das in Koblenz jährlich 1,5 Mio. €, was an sich schon unglaublich ist.

Diese Situation hat sich nun verschärft. Denn der Landtag hat beschlossen, dass seit dem laufenden Schuljahr die Schüler der Sekundarstufe I kostenfrei transportiert werden müssen, und zwar kostenfrei für die Eltern und fast kostenfrei für das Land! Für die Stadt ist damit ein Einnahmeverlust –nach Abzug des geringen Zuschusses des Landes– von sage und schreibe einer halben Million Euro verbunden.

Um den jährlichen Zuschuss von ca. 1,5 Mio. € zu senken, hat die Mehrheit des Rates im letzten Jahr beschlossen, die Länge des Schulweges, für den kein Zuschuss gezahlt wird, von 2 auf 4 km zu erhöhen. Ca. 900 Schüler aus Koblenz erhalten nun keine Zuschüsse mehr – obwohl die Eltern hier Steuern zahlen! Spareffekt: ca. 230.000 €.

Mehrausgaben aufgrund des Landtagsbeschlusses: ca. 800.000 €.

Diese Verschärfung zeigt, welche geringen Auswirkungen Entscheidungen des Stadtrats zu Lasten der Koblenzer Bevölkerung haben, solange das Land uns weiterhin ohne Konsequenzen mit zusätzlichen Kosten überhäuft.

So werden Beschlüsse des Stadtrates vom Land konterkariert. Denn statt der gut 200 T€ Mehreinnahmen hat die Stadt durch die Entscheidung des Landes fast 300 T€ Mehrausgaben! Und das ist wirklich unglaublich!

Ähnliches, und darauf hat mein Vorredner schon Bezug genommen, stellen wir im Bereich der Kindertagesstätten fest: Das Land verteilt die Wohltaten, die Stadt zahlt. Neubau in Ordnung, aber bei den Investitionen: Drei Kita- Neubauten zahlen wir etwas mehr als 7 Millionen € und das Land trägt davon gerade mal 750.000 €. Für die privaten Träger zahlt die Stadt 1,3 Millionen Euro, das Land beteiligt sich hier auch nur mit einem kleinen Teil.

Im konsumtiven Bereich: Krippen

Da der Rechtsanspruch für zweijährige Kinder auch auf Krippenplätzen erfüllt werden kann, gilt für diese Kinder auch die Elternbeitragsfreiheit. Das ist gut und das begrüßen wir auch. Wir finden es auch gut, dass die Kindergartenplätze für die Eltern kostenfrei sind. Allerdings erstattet das Land maximal bis zur Höhe des Elternbeitrags für einen Ganztags-Kindergartenplatz. Von den Sollelternbeiträgen 2010 wurde nur ein geringer Teil vom Land erstattet. Hätten wir die Elternbeiträge in voller Höhe erheben können, hätten wir Elternbeiträge in Höhe von mehr als 50.000 € vereinnahmen können; die Stadt Koblenz erzielte durch die Elternbeitragsfreiheit für zweijährige Kinder eine Mindereinnahme von 30.000,- €.

In 2011 hat sich das Minus noch erhöht, weil es da für das ganze Jahr galt. Da war das Minus der Stadt Koblenz 110.000 €, Unterscheid zwischen Landesförderung und Elternbeiträgen.

Und das hat nichts damit zu tun, dass die Stadt vorher keine 15 % der Personalkosten im Kindergartenbereich von den Eltern erhoben hat. Hier handelt es sich eben um den

Krippenbereich. Dort hatten wir bereits vor der Gesetzesänderung eine hohe Beteiligung der Eltern an den Personalkosten!

Wir unterstützen die Bürgermeisterin in der Absicht, über den Städtetag eine Erhöhung der Bezuschussung auf 15 % zu erreichen.

Sollte das nicht möglich sein, empfehlen wir eine Klage gegen das Land. Das empfehlen wir auch zu überlegen bei den Schülerbeförderungskosten.

Während der Ratsmehrheit im Zentrum keine Investition zu hoch ist, bleiben die Stadtteile auf der Strecke. Diese Entwicklung unterstützen wir nicht! Zu einer liebenswerten Stadt gehören intakte Straßen, Bürgersteige und Radwege und nicht nur eine „vergoldete Mitte“.

Über Jahrzehnte sind die Bürger vertröstet worden, z.B. in der Rüsternalle (nach Fertigstellung der Fachhochschule, dann nach Fertigstellung des Kunstrasenplatzes...). Die Geduld der Bürger ist am Ende. Die BIZ-Fraktion kann die Bewusstseinslage der betroffenen Menschen nur zu gut verstehen. Der Zustand einiger Straßen ist schon lange untragbar und wird zunehmend gefährlicher für Radfahrer und Fußgänger. Deshalb haben wir auch die Anträge der SPD-Fraktion im Haupt- und Finanzausschuss zu diesem Thema alle unterstützt.

Die Verwaltung hat bezüglich der Rüsternallee der BIZ in einem Antwortbrief versprochen, schnell den entsprechenden Gremien einen Lösungsvorschlag zu unterbreiten. Und darauf setzen wir Herr Oberbürgermeister.

Die BIZ-Fraktion wird sich weiterhin mit eigenen Vorschlägen an der Debatte über die notwendige Haushaltskonsolidierung beteiligen. Unser Abstimmungsverhalten über den Haushalt 2013 hängt davon ab, inwieweit unsere Anträge eine Mehrheit finden.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Anlage 4

zu der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates
am 14.12.2012 – Punkt 1 ö.S. –

E t a t r e d e 2 0 1 3

des Ratsmitgliedes Nils Wiechmann
namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

ich will versuchen, meine Ausführungen unter folgenden Aspekten zu strukturieren und darzustellen:

1. Wie sieht die Realität aus?
2. Wie bewerten wir die Ergebnisse der Haushaltsberatungen?
3. Was ist zukünftig zu tun, um den Haushalt in den Griff zu bekommen?
4. Wie sieht das GRÜNE Leitbild für ein Koblenz in der Zukunft aus?

1. Wie sieht die Realität aus?

Im Ergebnis-Haushalt muss unsere Stadt auch im nächsten Jahr gut 33 Mio. Euro zusätzliche Schulden machen.

Wir zahlen im kommenden Jahr 16 Mio. Euro nur an Zinsen, und das, obwohl der Zinssatz immer noch auf historisch niedrigem Niveau ist! Was passiert, wenn die Zinsen steigen, wovon wir ausgehen müssen, kann sich jede und jeder vorstellen!

Wenn wir so weitermachen wie bisher, dass hat der Herr Oberbürgermeister ja auch in seiner Einbringungsrede auch sehr deutlich gemacht, dann ist unser Koblenz in wenigen Jahren –

zumindest bilanziell - pleite! Die Gesamtverschuldung liegt Ende diesen Jahres bei gut 490 Mio. Euro, das bedeutet, jeder Schängel hat fast 4600 Euro Schulden – nur die kommunalen Schulden berücksichtigt.

Alle haben gewusst, dass es so kommen wird. Viele Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre, die die große Mehrheit in diesem Rat zu verantworten hat, haben zu dieser historischen und dramatischen Belastung geführt.

In den letzten Jahren haben wir GRÜNEN immer wieder darauf hingewiesen.

Einführung der Doppik, Schienenhaltepunkt, Rhein-Mosel-Halle, BUGA und Kulturbau – da stecken überall hohe finanzielle Investitionen hinter – das alles gleichzeitig realisieren zu wollen, war ein großer Fehler! Unsere Stadt hat sich völlig übernommen.

Es kann sich also niemand hinstellen und so tun, als ob er oder sie von der Entwicklung überrascht wurden! Diese Entwicklung zwingt uns nun, massive Einsparungen vornehmen zu müssen.

2. Wie bewerten wir die Ergebnisse der Haushaltsberatungen?

Es ist sehr positiv, dass inzwischen alle Beteiligten verstanden haben, dass endlich Schluss sein muss mit teuren Prestigeprojekten. Die Atmosphäre während der Haushaltsberatungen war sehr konstruktiv und geprägt vom gemeinsamen Willen, unsere Stadt voranzubringen und Perspektiven zu beschreiten, die uns aus dieser schwierigen Haushaltssituation hinausführen können. Dafür möchte ich mich bei allen Beteiligten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, dem Stadtvorstand und allen Kolleginnen und Kollegen bedanken!

Ja, es stimmt: Koblenz ist auf dem Weg der Konsolidierung, aber die Prioritäten der Konsolidierung müssen eben richtig gesetzt werden. Und das geschieht aus Sicht der GRÜNEN in diesem Haushalt 2013 leider noch nicht überall! Die Anstrengungen sind erkennbar, sie gehen ein Stück weit in die richtige Richtung, aber sie verfehlen ihr Ziel auch an einigen Stellen!

Ich möchte hier und heute noch einmal deutlich machen, das Sparen ans sich für uns alle keinen Wert an sich darstellen kann und nicht automatisch nachhaltiges Sparen und Handeln bedeutet. Für uns GRÜNE bedeutet Nachhaltigkeit nicht, die Axt an die Einrichtungen und Aufgaben im sozialen Bereich, bei der Bildung, bei der Umwelt oder Klimapolitik oder dem Sport anzulegen und Zuschüsse für wichtige Projekte zu streichen. Denn es sind doch nicht die freiwilligen Zuwendungen an Vereine und Verbände, an Kirmesgesellschaften und

Sportvereine bis zu den sozialen Institutionen, die unserer Stadt finanziell die Luft zum Atmen nehmen!

Dabei wissen auch wir GRÜNE um die Einsparnotwendigkeiten. Aber Investitionen in Ökologie, Klimaschutz, Bildung und soziale Gerechtigkeit bedeuten nicht nur Kosten im Hier und Jetzt, sondern auch weniger Umweltbelastungen, mehr Lebensqualität und bessere Chancen für alle in der Zukunft. Dies sind Investitionen, die sich bezahlt machen und auch zukünftige Haushalte entlasten können, weil die Menschen beispielsweise besser qualifiziert werden können und weil sie in schwierigen Lebenssituationen auch kompetente Unterstützung finden können.

Deshalb bin ich sehr froh, dass wir gemeinsam entschieden haben, im Gegensatz zum Haushaltsentwurf, den der Oberbürgermeister einbracht hat, auf weitere Einsparungen bei der Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege und der Jugendarbeit zu verzichten. Die Menschen, die die AIDS-Hilfe, das Frauenhaus, die Wohnungslosenhilfe, die Bahnhofsmision und andere Beratungsstellen in Anspruch nehmen oder sich auch an den Angeboten der KUFA und der Jugendkunstwerkstatt erfreuen, werden dies zu schätzen wissen. Damit verhindern wir die Kürzungen in wichtigen Bereichen des sozialen Miteinanders. Auch haben wir gemeinsam vereinbart, dass wir den Fachausschusses Frauen beibehalten. Dies ist schon auch eine wichtige kommunalpolitische Entscheidung und hier merken wir auch, dass die kommunalpolitisch Verantwortlichen an vielen Stellen sehr wohl die richtigen Entscheidungen treffen können.

Leider gibt es auch viele Entscheidungen, bei denen unsere Bemühungen und Ideen keine Mehrheit gefunden haben. Als ein politisch problematisches Signal werten wir die Kürzung der Zuschüsse für die politischen Jugendorganisationen. Alle reden von mehr Bürgerbeteiligung und wie wir die jungen Menschen für Politik begeistern können. Froh bin ich, dass die Fraktionen in den Beratungen gemeinsam zumindest die komplette Streichung der Zuschüsse verhindert haben.

Wir GRÜNE fragen uns: Was mag da wohl noch auf uns zukommen, wenn die finanziellen Mittel im Umweltamt und für sinnvolle Projekte wie die Ausweitung des Streuobstprojekts gestrichen werden? Wird da möglicher Weise einer geplanten Schließung des Umweltamtes Vorschub geleistet? Das Entscheidende ist doch, dass wenn wir das Umweltamt streichen würden, die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben im Umweltbereich deutlich aufwendiger würden, die Reibungsverluste innerhalb der Verwaltung und in der Außenkommunikation mit

anderen Umweltbehörden größer würden und die Belange der Umwelt bekämen noch weniger Anerkennung, als es jetzt schon der Fall ist.

Wir sind uns mit den Umweltverbänden einig, dass Koblenz mehr Umweltbewusstsein braucht und nicht weniger.

Für uns GRÜNE ist es auch bedauerlich, dass sich keine Mehrheit bei der Einsparung der Sachkosten für die Stadtratsfraktionen gefunden hat. Die inhaltliche Arbeit der Fraktionen ist ohne Zweifel ein wichtiges Element, aber ich glaube wir hätten mit einer angemessenen Kürzung – wir hatten hier eine sehr moderate Kürzung von 5 % vorgeschlagen - nicht leiden müssen und hätten unserem Sparwillen noch mal Ausdruck verleihen können.

3. Was ist zukünftig zu tun, um den Haushalt in den Griff zu bekommen?

Für uns GRÜNE ist Sparen an sich kein Selbstzweck, sondern muss zum Ziel haben, in die soziale und ökologische Zukunft unserer schönen Stadt zu investieren und auch nachfolgenden Generationen Handlungsspielräume zu eröffnen.

Unsere Verschuldung bekommen wir nur in den Griff, wenn wir

1. unsere Ausgaben reduzieren und langfristig auf kostspielige Prestigeprojekte verzichten, hier glaube ich haben wir inzwischen einen relativ breiten Konsens in diesem Haus,
2. durch ein gutes Management z.B. in der Verwaltung weitere Kosten einsparen, hier der Oberbürgermeister den Vorschlägen aus dem Rat in den letzten Jahren stärker gefolgt, als es noch der Vorgänger tat und
3. gleichzeitig die Einnahmen unserer Stadt weiter verbessern.

Koblenz hat sein Defizit nicht alleine zu verantworten, Herr Diehl hat schon darauf hingewiesen, und kann es schon gar nicht alleine abbauen. Auch das Land und insbesondere der Bund müssen ihrer Verantwortung für die Stärkung der Kommunen gerecht werden. Viele Entscheidungen, die wir hier ausbaden müssen in unserer Kommune, werden in Mainz oder in Berlin getroffen! Uns als kreisfreie Stadt, als Oberzentrum, trifft dies immer besonders hart, weil wir als Oberzentrum eben auch eine Versorgungsfunktion für das Umland mit übernehmen, gerade im kulturellen und schulischen Bereich. Das Land ist mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds bereits einen wichtigen Schritt gegangen.

Weitere Maßnahmen wie die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs zugunsten der Kommunen werden zeitnah folgen. Lieber Herr Diehl, dass was Sie landespolitisch gerade eben geäußert haben, ich nehme an Sie haben dies vom Kollegen Biebricher übernommen,

nicht ganz richtig war. Erst heute Morgen wurde zum ersten Mal ein Positionspapier der CDU- Fraktion im Rheinland Pfälzischen Landtag überhaupt vorgestellt. Die SPD und die GRÜNEN haben dies schon vor Wochen und Monaten getan.

Wir GRÜNE plädieren dafür, dass insbesondere die kreisfreien Städte eine adäquate Verrechnung für die Wahrnehmung überörtlicher Aufgaben brauchen. Weiterhin müssen wir auf Landesebene die Kosten der Schülerbeförderung, Frau Keul- Göbel hatte dies angesprochen, nach dem Wohnortprinzip und nicht mehr nach dem Schulträgerprinzip gestalten. Wir müssen uns gemeinsam auf eine solche Sache einigen, und wenn wir ehrlich sind, dann wissen wir, dass die kommunalen Spitzenverbände, in denen alle Fraktionen überall auch miteinander diskutierten, häufig eben auch eine andere Position vertreten. Wir müssen für den Städtetag eine solche gemeinsame Position vertreten und dann hoffe ich, dass unser Oberbürgermeister und der OB von Trier, dies auch mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus dem Landkreistag umsetzen und durchsetzen können.

Darüber hinaus muss das Konnexitätsprinzip im Bund endlich konsequent umgesetzt werden, um zu verhindern, dass die Kosten weiterhin auf die Kommunen abgewälzt werden. Wer bestellt, muss auch bezahlen.

Aber auch wir als Kommune haben noch weitere Möglichkeiten und die Verantwortung, die wir schnell und zielstrebig umsetzen müssen. Dazu gehört die Anhebung der Hebesätze bei den Realsteuern, aber auch eine Prüfung, ob wir über kostendeckende Gebühren und Beiträge verfügen.

Meine Damen und Herren,

auch das, was bereits ja schon seit vielen Monaten beraten wird und sich bald möglicherweise in die Realität umsetzt, nämlich der Kauf der RWE-Anteile der KEVAG, ist eine große Chance für die Rekommunalisierung der Stromnetze. Wenn die Stadt jetzt mit anderen kommunalen Partnern die Übernahme der KEVAG- Anteile angeht, kann sie einen großen Schritt in Richtung der klimafreundlichen Versorgung mit Erneuerbaren Energien gehen und dabei auch noch Geld verdienen. Diese Chance dürfen wir uns nicht entgehen lassen!

4. Wie sieht das GRÜNE Leitbild für ein Koblenz der Zukunft aus?

Sparen bei klammen öffentlichen Haushalten kann aber immer nur mit Augenmaß erfolgen und darf nicht bei den sozialen Einrichtungen und sogenannten freiwilligen Leistungen erfolgen, die für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt sorgen. Besonders die Vereine, Institutionen und Organisationen, die im sozialen, kulturellen oder sportlichen Bereich

wichtige gesellschaftliche Aufgaben übernehmen, müssen auch in Zukunft von der Stadt unterstützt werden.

Wir GRÜNE setzen uns für nachhaltigen Klimaschutz, soziale Teilhabe und gerechte Zukunftschancen für alle und eine lebenswerte und nachhaltige Stadtentwicklung ein!

Wir setzen auf Innenentwicklung statt Außenentwicklung und wollen keine Ausweisung immer neuer Baugebiete. Sanieren statt Planieren muss das Motto heißen! Und dies bedeutet auch nicht eine vermehrte Versiegelung der Innenstadt, sondern eine Verdichtung mit Aufenthaltsqualität. Deshalb brauchen wir auch endlich eine Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes von 1983.

Meine Damen und Herren,

natürlich ist der Klimaschutz eines der zentralen Themen für die Gegenwart und Zukunft. Hier haben wir in unserer Stadt große Entwicklungspotentiale, die leider noch viel zu selten genutzt werden. Längst vergessen scheinen unsere Mitgliedschaft im Klimabündnis und das Ziel der Reduktion der CO₂-Belastungen um 50 %. Das Klimaschutzkonzept der Stadt liegt seit Jahren vor, doch der politische Wille zur Umsetzung fehlt leider bis heute. Für diese Umsetzung müssen auch zukünftig Gelder in die Hand genommen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

wir müssen darüber hinaus endlich ernst machen mit einer umfassenden Aufgabenkritik und wir brauchen kreative und transparente Ansätze wie die Einführung eines Bürgerhaushalts, um den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, Einfluss auf das politische Handeln vor Ort zu geben und sich einzumischen.

Die Stadtratsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN kann diesem Haushalt nicht zustimmen, da aus unserer Sicht zwar die Tendenz einer vernünftigen Haushaltspolitik erkennbar ist und auch wesentliche Änderungswünsche GRÜNER Politik aufgenommen wurden, aber viele Dinge in der Vergangenheit beschlossen wurden, die uns heute den notwendigen finanziellen Spielraum rauben. Wir können und dürfen die finanziellen Belastungen nicht verantworten. Wir GRÜNE sagen aber auch: Die eingangs erwähnte konstruktive Atmosphäre bei den Haushaltsberatungen wünschen wir uns auch für zukünftige Beratungen.

Wir GRÜNE werden uns bei der Abstimmung über den Haushalt enthalten!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Anlage 5

zu der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates

Am 14.12.2012 – Punkt 1 ö.S. –

Etatrede 2013

des Ratsmitgliedes Birgit Hoernchen

namens der FDP-Fraktion

Ich starte meine Rede mit einem Blick zurück:

Vor 5 Jahren im Jahr 2007 beschäftigten wir uns mit Themen wie dem Neubau eines Hallenbads, dem Bau des Schienenhaltepunkts Stadtmitte, dem Ausbau der Nordtangente, der Bebauung des Zentralplatzes, dem Bau einer TuS-Arena, der Sanierung der Rhein-Mosel-Halle und nicht zuletzt der Organisation der Bundesgartenschau, die nicht nur mir, sondern uns allen viel Spaß gemacht hat und ganz Koblenz samt seiner Bürger verwandelt hat.

Im Jahr 2007 regte die FDP-Fraktion u. a. an, dass z. B. das geplante Gebäude-Management weiterer städtischer Immobilien externen Profi-Unternehmen übergeben wird und dass eine zentrale Beschaffungsstelle für das Fuhrparkmanagement bei der Verwaltung eingerichtet wird.

Außerdem erhoffte sich die FDP-Fraktion, dass die Verwaltung endlich aufwacht aus dem Traum der größten Passivhaussiedlung Europas auf dem Asterstein.

Die FDP erkundigte sich auch nach dem Zustand der Koblenzer Brücken bereits in diesem Jahr 2007. Die Sanierungsinvestitionen an den Brücken sind dringend nötig und werden den städtischen Haushalt noch einige Jahre belasten.

Und wir wunderten uns über die 25 Bürger, die von 100 Befragten dem Bürgerzentrum auf der Karthause den Namen JuBüZ gegeben haben. Während hier 25 Bürger als demokratische Mehrheit gesehen wurden, zählten die 1000-fach gesammelten Stimmen der FDP gegen die überbebaute Bebauung und für eine temporäre Begrünung des Zentralplatzes allerdings nicht. Die Mehrheit der Bürger sprach sich gegen diese Bebauung aus. Die Mehrheit des Stadtrates nicht. Das muss man wohl akzeptieren.

Ich denke, ich war nicht die einzige Ratsfrau die Anfang Juli diesen Jahres bei der Abstimmung zur Namensgebung des Kulturbaus auf dem Zentralplatz ein Deja-Vu hatte: Ob JuBüZ oder Forum Confluentes – es sind beides „gewöhnungsbedürftige“ Namen: auf dem Zentralplatz wird es kein temporäres Grün geben – außer der unschönen Plastikverkleidung des Parkdecks, sondern dafür einen 100 Mio. Euro schweren Kulturbau. Damit müssen wir jetzt leben.

Oder nehmen wir die Kostenexplosion des Schienenhaltepunkts Stadtmitte, über den sich ganz Deutschland belacht hat - wie der Stern berichtete und auch das ZDF in einem Filmbeitrag im Länderspiegel anschaulich demonstrierte. Der Film mit dem Titel „der Hammer der Woche“ zeigte die Kostenentwicklung von geplanten 9,1 Mio. Euro im Jahr 2005 und einer Verdopplung der Baukosten auf über 18 Mio. Euro bis zur Fertigstellung im Buga-Jahr 2011. Auch damit müssen wir leben.

Die Mehrheit des Rates hatte sich nun mal für solch kostspielige Bauvorhaben wie die Bebauung des Zentralplatzes oder die Errichtung des Schienenhaltepunkts entschieden. All das müssen wir jetzt alle akzeptieren. Ob wir dagegen oder dafür gestimmt haben.

Es bleibt uns nichts anderes übrig: wir müssen die finanziellen Folgen leben und diese in den Griff bekommen! Und das kann nur geschehen, wenn wir mittelfristig die Schulden abbauen.

Wie soll die Stadt Koblenz das schaffen?

Das fragte bereits 2010 auch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion mit Schreiben vom 1. April bei der Verwaltung nach. Und das war wahrlich kein Aprilscherz. Die ADD genehmigte den eingereichten Haushalt nicht und forderte in ihrem Schreiben eine aussagekräftige Haushaltsanalyse und ein Haushaltsrestrukturierungsprogramm.

Damit schloss sich die ADD dem Vorschlag der FDP an. Denn knapp 2 Monate vorher am 19. Februar 2010 stimmte der Stadtrat über den Haushalt 2010 ab. Ich erinnere mich noch gut daran, denn damals hielt auch ich die Haushaltsrede für die FDP-Fraktion. Ich nannte einige Beispiele aus anderen Städten wie Esslingen und Duisburg, die bereits mit ihren Sparkonzepten mutige Entscheidungen zur Haushaltskonsolidierung getroffen hatten. Sie erinnern sich sicherlich an meine Aufzählung aus der so genannten „Tränenliste“. Da standen Vorschläge aus Duisburg drin wie: Verkauf des Theaters oder die Schließung von Schwimmbädern.

Doch dem FDP-Antrag auf Schaffung eines Arbeitskreises „Schwarze Null“, der sich mit der Analyse des städtischen Haushalts befassen sollte, fand in Koblenz keine Zustimmung – wohl aber in Trier – bei der ADD. Ein langes Jahr später – im Mai 2011 setzte dann endlich auch der Stadtrat den Startschuss für diesen Arbeitskreis Schwarze Null, der ab sofort den Namen „Haushaltsstrukturkommission“ erhielt. 15 Monate nach dem FDP-Vorschlag und 13 Monate nach dem die ADD die Haushaltsanalyse angeordnet hatte, startete die Kommission mit ihrer Aufgabe. Unter der ehrenamtl. Leitung vom ehemaligen Chef der Sparkasse Koblenz Manfred Graulich mit Unterstützung des ehem. ADD-Präsidenten Dr. Mertes sowie dem Geschäftsführer des rheinland-pfälzischen Städtetages Prof. Schwarting begann die Analyse des Haushalts, um – wie von der ADD gewünscht – nach der Betrachtung die Restrukturierung der Finanzen auf den Weg zu bringen. An dieser Stelle an alle 3 Herren Graulich, Dr. Mertes und Prof. Schwarting auch von hier aus meine Hochachtung und unseren herzlichen Dank für ihre bisher geleistete Arbeit.

Gleichzeitig beauftragte der OB die Verwaltung, die bereits eingereichten Spar- und Ertragsverbesserungsvorschläge aus dem Rat und aus den Fachabteilungen zu prüfen und bat erneut die Ratsfraktionen um Beteiligung mittels weiterer Anregungen zur Haushaltskonsolidierung. In einer Prüfliste zur möglichen Haushalts-Verbesserung stand auch eine Vielzahl der älteren Vorschläge der FDP-Fraktion: Zum Beispiel unser Antrag, die Koblenzer Kulturlandschaft und insbesondere das Stadttheater auf den Prüfstand zu stellen, um rechtzeitig die nötigen Weichen zu stellen, bevor der Vorhang dieses Traditionshauses fallen muss.

Der OB bestätigte jüngst die Befürchtungen der FDP-Fraktion, dass wir uns das Theater in dieser Form so demnächst nicht mehr leisten können. Darauf hatte die FDP-Fraktion bereits vor einem Jahr aufmerksam gemacht.

Wir honorieren nun den 1. Schritt der Theaterintendanz und -verwaltung hin zu einer realistischeren Einschätzung der Finanzlage, um die Zukunft des Theaters nicht zu gefährden. Weitere Schritte werden folgen müssen, sonst wird der OB mit seiner Äußerung recht haben, dass die Stadt Koblenz sich ihr Theater ab 2016 nicht mehr leisten kann, wenn sich die finanzielle Situation nicht dramatisch verbessert!

Das Theater ist aber nur ein Bereich der Kultur in Koblenz. Mit der finanziellen Belastung des Kulturforums Confluentes auf dem Zentralplatz stehen einfach weniger städtische Mittel für das kulturelle Leben zur Verfügung. Der Kulturdezernent Herr Knopp wird nicht umhin kommen, den gesamten Kulturbetrieb nach und nach auf den Prüfstand zu stellen. Dies hat auch die letzte Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses bestätigt.

Ein weiteres Beispiel ist der FDP-Antrag vom Mai letzten Jahres, die Aufgabenkritik und Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation mit Nachdruck voranzutreiben.

Die Organisationsentwicklung der Stadtverwaltung wird unter dem neuen Leiter des Haupt- und Personalamts Herrn Flöck mit Nachdruck weiter vorangetrieben. Der strategische Aspekt der "Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit" muss dabei noch mehr im Fokus stehen!

Im Fokus stand aber zunächst im Frühjahr die erneute Bitte des OB, weitere Sparvorschläge für den Arbeitskreis Haushalt einzureichen. Und so hatte die FDP ihre Mitglieder und Interessenten aufgerufen, weitere Vorschläge zu machen – und die kamen zahlreich. So konnte die FDP-Fraktion in diesem Sommer am 11. Juni dem OB noch einmal weitere 44 Konsolidierungsvorschläge zur Prüfung durch die Verwaltung überreichen.

Die Stadtverwaltung hat sich den Sommer über viel Mühe gegeben, alle Vorschläge aus der Haushaltsstrukturkommission zu prüfen und deren Einsparpotential zu berechnen. Das Ergebnis war ein dicker Ordner mit der Beurteilung und im Anschluss daran eine erste, vom Stadtvorstand vorgelegte Einsparliste mit einem Volumen von 3,3 Mio. Euro. Diese Sparliste hatte es in sich – bis – ja - bis alle Fraktionen ihre „Korrektur-Wünsche“ im Rahmen der Haushaltsberatungen einbrachten – und so schrumpfte die Liste wieder ein gutes Stück zusammen.

Zwar waren die Beratungen vom Stil, Umgangston und der Diskussionsatmosphäre her gut - das Ergebnis in nackten Zahlen ist aber erschütternd. Denn was ist nun von dem einigermaßen ambitionierten Sparprogramm übrig geblieben? Sie werden jetzt argumentieren: die FDP-Fraktion hat doch mit beraten! Ja! Die Mitglieder der FDP-Fraktion haben sich vor und nach

dem HuFa an 3 langen Terminen intensiv mit dem vom OB vorgelegten Entwurf befasst und erneut eine Vielzahl von Kürzungsvorschlägen in die 2-tägigen Haushaltsberatungen eingebracht.

Durch die Beschlüsse des HuFa sind die Einsparvorschläge, die aus der Verwaltung kamen, konterkariert. Unterm Strich bedeutet das für den Ergebnishaushalt 2013 fast eine Punktlandung auf dem Vorjahresniveau mit einem Fehlbetrag von 36 Mio. Euro.

Ich will nur 1 Beispiel nennen: Wir führten eine lange Diskussion über den Vorschlag, der aus der Verwaltung kam, bei den Ausgaben für Jugend und Soziales einzusparen. Wir alle wissen, dass die Sozialausgaben einer der größten Posten im städtischen Haushalt sind. Zudem gehören sie zu den Ausgaben, an denen die Kommune durch eigenes politisches Handeln nur wenig verändern kann. Da ist es umso mehr zu honorieren, dass sich die Verwaltung von sich aus Gedanken gemacht hat und einen eisernen Sparwillen zeigt! Dieser Kürzungsvorschlag bei den Ausgaben für Jugend und Soziales kam aus der Verwaltung – und die hatte sich bereits darauf eingerichtet. Im HuFa haben sich die Ausschuss-Mitglieder allerdings über den verwaltungseigenen Vorschlag hinweg gesetzt und mit knapper Mehrheit die Mittel wieder eingestellt.

Zusammenfassend kann man sagen, dass unsere eingebrachten Spar- und Einnahmenvorschläge gezeigt haben, dass wir guten Willens sind, die Stadtfinanzen wieder auf einen gesünderen Weg zu bringen. Aber es bedarf noch weiterer Anstrengungen! Schließlich wollen wir alle aus der misslichen Lage heraus kommen und als Stadt wieder voll handlungsfähig sein. Denn es gibt etliche Wünsche auf der Liste der Koblenzer: So ist der Ruf der Bürger nach einem neuen Hallenbad seit der Schließung des Stadtbads lauter geworden. Der Ruf der Koblenzer ist aber offensichtlich immer noch nicht laut genug, dass er bis Mainz klingt. Rufen doch schon seit 52 Jahren die Bürger nach dem Bau der Nordtangente. Immerhin existiert hier jetzt seit dem Jahr 2010 der Planfeststellungsbeschluss, der im übrigen seine Gültigkeit verliert, wenn nicht innerhalb von 5 Jahren mit dem Bau begonnen wird. Um im Jahr 2015 mit dem Bau beginnen zu können, muss aber erst einmal das Land spätestens in 2014 im Doppelhaushalt die Mittel bereitstellen – und Koblenz die Mittel für den Haushalt 2014 anmelden.

Ein anderes Beispiel sind die Investitionen. Wer dort zu lange spart, wird irgendwann nur noch abreißen können. Wir müssen darauf achten, unsere städtischen Vermögenswerte zu

erhalten. Behutsam und vor allem gut geplante Gebäude-Sanierungen sind daher aus unserer Sicht ein Beispiel für sinnvoll investiertes Geld. Nur - was wir hier bei den HH-Beratungen erlebten, lässt schon mal ein Kopfschütteln zu: jetzt haben wir für 33 Mio. Euro die Rhein-Mosel-Halle knapp zweieinhalb Jahre lang generalsaniert und für die Stadt Koblenz beginnt damit auch hoffentlich eine neue Ära als Kongressstadt mit dem neuen Kongresszentrum. Bei den Kosten für eine eigene städtische Veranstaltung läuft allerdings die Kalkulation aufgrund des finanziellen Drucks innerhalb der KO-Touristik sprichwörtlich aus dem Ruder: Der OB lädt jedes Jahr zu einer Bürgerversammlung ein. Die fand in den letzten Jahren als schwimmende Bürgerversammlung auf einem Schiff statt, weil die Rhein-Mosel-Halle noch im Bau war. Jetzt ist die Sanierung abgeschlossen und man könnte eigentlich davon ausgehen, dass der OB in die gute städtische Stube der RMH einlädt. Denkst `de – die Mietkosten für die Halle bei der Koblenz-Touristik sind so hoch, dass die Bürgerversammlung doch wieder auf dem Schiff stattfinden wird.

Noch ein Beispiel? Der jährliche Sozialempfang, bei dem sich die Verwaltung bei den zahlreichen Trägern im sozialen Bereich bedankt und Ehrenamtler mit der Verleihung einer Ehrennadel würdigt, findet – auch aus Kostengründen – nicht in der in der Stadt zentral gelegenen RMH statt, sondern in einer Halle in einem Stadtteil auf der Höhe. Das kann doch nicht sein! Die RMH muss doch zu einem noch günstigeren Tarif für eigene, städtische Veranstaltung angeboten werden können, damit die eigenen Veranstaltungen nicht in Lokalitäten außerhalb stattfinden müssen.

Was ist das denn für eine Außenwirkung? Irgendetwas stimmt hier bei der Beurteilung des Gesamtkonzerns Kommune Koblenz nicht!

Sie erinnern sich - ich begann meine Rede mit einem Blick zurück und werde sie mit einem Blick nach vorn beenden: Reichen wir also jetzt diesen Haushaltsplan 2013 bei der Aufsichtsbehörde in Trier ein, wird uns die ADD diesen Haushalt zurückschicken und uns erneut nachsitzen lassen.

Der OB sagte: „Wir können nicht sparen, ohne zu verzichten und müssen den Weg der Haushaltskonsolidierung entschlossen weiter gehen.“ Ich sage: „Wir müssen den Weg der HH-Konsolidierung geschlossen weiter gehen.“ Es kann nicht angehen, dass die Verwaltung Sparvorschläge macht, der Stadtvorstand diese billigt, aber der Stadtrat sich dann während der HH-Beratungen wieder dagegen entscheidet!

In dieser verfahrenen Situation fällt eine Entscheidung pro oder contra Haushalt 2013 wirklich nicht leicht!

Dennoch wird die FDP-Fraktion diesem Haushalt zustimmen. Und zwar aus 2 Gründen:

Wir honorieren damit, dass viele gute FDP-Vorschläge von der Verwaltung aufgenommen wurden und sich in dem vom Stadtvorstand verabschiedeten Haushaltskonzept wiederfanden.

Und wir honorieren damit, dass die Verwaltung sich angestrengt hat. Und einige Ratskollegen auch.

Allerdings betone ich noch einmal, dass das Beschlossene bei weitem nicht für eine nachhaltige Erholung der städtischen Finanzen ausreicht. Die FDP-Fraktion respektiert den eingeschlagenen Sparkurs der Verwaltung, wird aber im kommenden Jahr massiv darauf pochen, dass der Kurs der Haushaltssanierung entschieden fortgesetzt und verstärkt wird. Im nächsten Jahr muss deutlich mehr getan werden und dabei müssen sich auch alle Fraktionen bewegen! So wie jetzt geschehen, kann es nicht weiter gehen: 2 Schritte vor und dann wieder 2 zurück. Die nächste Gelegenheit, ein Zeichen zu setzen und die mittelfristige Konsolidierung des Haushalts auf den Weg zu bringen, haben wir in der Stadtratsitzung am 2. Mai 2013. Wir können mit dem Eckwerte-Beschluss für das Jahr 2014 eine ambitionierte Zielsetzung verfolgen. Die Terminierung vor der Erstellung des Haushalts 2014 macht Sinn. Und so kann die Zielsetzung anspruchsvoller sein, als das, was die bisherige Haushaltsprojektion vorsieht.

Ich fürchte jedoch, dass meine Prognose stimmt und die ADD uns den Haushalt 2013 nicht genehmigt. Also werden wir uns bereits früher wieder hier in diesem Saal versammeln, um weitere – von der ADD eingeforderte – Einsparungen noch für das Haushaltsjahr 2013 zu beschließen.

Zum Schluss möchte ich die Gelegenheit nutzen und im Namen der FDP-Fraktion den Mitarbeitern der Verwaltung sowie allen Ratsmitgliedern danken, die sich intensiv mit den Finanzen der Stadt Koblenz für das Jahr 2013 und ff. auseinander gesetzt haben.

Ich freue mich, dass Sie mir aufmerksam zugehört haben und wünsche Ihnen eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit und für das Jahr 2013 vor allem Gesundheit, den gewünschten beruflichen Erfolg, privates Wohlergehen und Gottes Segen!

Ich beende meinen Kommentar zum Haushalt 2013 mit einem Zitat von Rainer Brüderle:

"Ich bin unverbesserlicher Optimist. Sonst wäre ich auch nicht in der FDP."

Anlage 6

zu der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates

Am 14.12.2012 – Punkt 1 ö.S. –

E t a t r e d e 2 0 1 3

des Ratsmitgliedes Walter Baum
namens der FBG-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
verehrte Bürgermeisterin und Beigeordnete,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Rat,
liebe Schüler und Studenten,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Herr Oberbürgermeister, Sie haben im letzten Monat in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes 2013 gesagt, dass Sie festgestellt haben, ein Umdenken habe bei ziemlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung stattgefunden. Ein Umdenken, das sie sogar mit Freude erfüllt.

Leider lässt sich ein solcher Denkprozess noch nicht bei allen Ratsmitgliedern feststellen, lobenswert wäre allerdings ein Umdenken bei allen, ich betone bei allen Ratsmitgliedern

Der vorliegende Beschlussentwurf ist mit fast 3 Millionen Euro defizitärer geworden als der Entwurf der Verwaltung vor über einen Monat.

Wir sind und können nicht zufrieden mit dem Haushalt sein, weil er immer noch nicht ausgeglichen ist.

Schade, dass Einsparvorschlägen der FBG oder denen anderer kleinerer Fraktionen kein Gehör geschenkt wird, wie beispielsweise bei der Kürzung der Fraktionszuwendungen.

Ein weiteres Beispiel dafür ist, dass eine Neustrukturierung der zahlreichen Ausschüsse, von mir und meiner Fraktion zuletzt noch in meiner Rede zur Nachtragshaushaltssatzung 2012 gefordert. Zusammenlegungen oder gar Auflösungen werden leider von den großen Fraktionen nicht mitgetragen.

Schade, denn aus der Sicht der FBG wäre auch hier dringend eine Verschlankung notwendig. Die könnte zunächst einmal unsere eigenen Ressourcen schützen, kann aber natürlich auch jede Menge gebundene Arbeitszeit von Verwaltungsmitarbeitern und Stadtvorstand einsparen – zum Wohle unseres Stadtsäckels.

Ich möchte mich in meiner Rede auf das Leitbild der Stadt Koblenz konzentrieren und beginne mit einem Zitat:

"In Zeiten, in denen sich das Wissen der Menschheit in nur fünf Jahren verdoppelt, und in Zeiten des immer rasanteren technischen Fortschritts müssen wir Bildung stets auf dem neuesten Stand halten. Die Finanzmisere der öffentlichen Hand darf bei uns nicht zu Angebotsrückgängen und Ausstattungsverschlechterungen führen."

Das ist ein Zitat aus dem Leitbild der Stadt Koblenz, das aus dem Jahre 1998 stammt. Wie schwer dieses Ziel zu erreichen ist, wird uns heute, 14 Jahre nach der Verabschiedung des Leitbildes, immer deutlicher.

Die FBG ist froh, dass im Haushalt des Dezernates 4, bei Schulen und Bildungseinrichtungen, keine wesentlichen Verschlechterungen gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen sind. Hier müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, dass es tatsächlich nicht zu noch eklatanteren Verschlechterungen der Ausstattung kommt, wie wir sie jetzt schon durch den hohen Investitionsbedarf an den Gebäuden und Einrichtungen bemerken müssen.

Den Schulentwicklungsplan müssen wir als ein lebendiges Vehikel betrachten, das sich bewegt, in dem auch Tabus gebrochen werden müssen, wie die Auflösung und Zusammenlegung von Schulstandorten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat, das heißt auch, dass wir mit teilweise unpopulären Maßnahmen vor unsere Wähler treten müssen, aber zum Wohle unserer Schüler und unserer Zukunft!

Wir haben uns in den letzten Haushaltsberatungen intensiv mit den horrenden Kosten für die Datenverarbeitung in unsrer Verwaltung befasst. Dem Vorschlag der FBG, an wesentlichen Stellen Kosten einzusparen, ist man seitens der Verantwortlichen im kommunalen Gebietsrechenzentrum KGRZ und bei den Leitern der einzelnen Abteilungen gewissenhaft

nachgegangen und spart in diesem Jahr doch die erkleckliche Summe von ca. einer halben Million Euro ein.

An dieser Stelle sei auch das Erfolgsmodell des Koblenzer Schulnetzes zu erwähnen, das wegen der von uns unterstützten Investitionen mittlerweile an den einzelnen Schulen viel Geld einspart.

"Wir wollen optimale Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Dazu müssen Lebensräume für sie erhalten und geschaffen werden. An ihrer Gestaltung werden Kinder und Jugendliche beteiligt. Wir wollen Bildung und Ausbildungsmöglichkeiten allen zugänglich machen. Dazu gehört ein ausreichendes Angebot, um Bildungsabschlüsse erreichen zu können."

Diese Aussage unseres Leitbildes wird wahrscheinlich auch in hundert Jahren in den nachfolgenden überarbeiteten Papieren in dieser oder zumindest sehr ähnlichen Form stehen. Die FBG ist froh, dass die Jugend in den letzten Wochen sehr aktiv zu diesem eben genannten Ziel beigetragen hat. Die große Zahl von Jugendlichen, die sich zur Wahl des Jugendrates aufstellen ließen, zeigt, dass die jungen Menschen sehr an der Entwicklung unserer Stadt und ihrer Lebensräume interessiert sind.

Bei dem Ziel, dass möglichst alle einen Ausbildungsabschluss bekommen können, müssen wir aus meiner Sicht allerdings noch nachbessern. Wir dürfen nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, dass immer mehr Jugendliche mit sehr schwachen Deutschkenntnissen unsere Bildungseinrichtungen besuchen. Um in Zukunft bei den Sozialleistungen erhebliche Summen einsparen zu können, müssen wir heute investieren und zwar in Deutschkurse, denn nur über die Sprache werden die Jugendlichen und jungen Erwachsenen ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Hier fordern wir, wie ich es jüngst auch im Schulträgerausschuss getan habe, Möglichkeiten zu überprüfen, um noch mehr Betroffene an solchen Fördermaßnahmen teilnehmen zu lassen.

Das nächste Zitat aus unserem Leitbild ist ein Appell an all diejenigen, die die Investitionen, für unseren Kulturbau immer noch anprangern als den größten Fehler, den die Stadt in den letzten Jahrzehnten gemacht haben soll:

"Wir wollen eine lebendige Kulturmetropole mit Ausstrahlung sein. Das bedeutet, dass wir unsere kulturellen Angebote weiter ausbauen und verbessern müssen, um noch zugkräftiger für Bürgerinnen und Bürger, Besucherinnen und Besucher, vor allem auch für Jugendliche zu werden. Wir wollen jugendorientierte Kulturangebote besonders fördern. Zu den nicht-schulischen Bildungseinrichtungen zählen wir auch die Bibliotheken, Museen und Theater.

Diese Institutionen wollen wir nicht nur zu Zwecken des Kulturerlebnisses, sondern vielmehr auch als attraktive Bildungsmöglichkeiten nutzen".

Auch wir von der FBG wissen, dass uns das Forum Confluentes in den nächsten dreißig Jahren viel Geld kosten wird. Aber wurde nicht lange genug und auch immer wieder alles negativ beleuchtet? Das mit großer Mehrheit beschlossene Projekt wird zum Erfolg für die Stadt Koblenz, einer lebendigen Kulturmetropole! Lassen Sie uns doch endlich gemeinsam dafür werben. Wir sollten hier und heute die nicht immer objektive Kritik an diesem mit einer großen Mehrheit beschlossenen Projekt endlich beenden, positiv in die Zukunft schauen, sodass es ein großer Erfolg für unsere Stadt werden kann.

Weiter heißt es im Leitbild:

"Wir wollen Koblenz als touristischen Mittelpunkt an Rhein und Mosel und als Tagungs- sowie Kongressstadt weiterentwickeln. Mit dem Ausbau des städtischen Kongresszentrums soll unsere Stadt eine bedeutende Tagungs- und Kongressstadt werden. Hierzu bietet sich die Nutzung des Kurfürstlichen Schlosses an."

Versetzen wir uns wieder 14 Jahre zurück, dass wir das Schloss würden öffnen können, war damals eine Vision, dass wir mit der Rhein-Moselhalle ein modernes Kongresszentrum haben könnten, das war fast Utopie – die FBG ist froh, dass es mutige und visionäre Menschen gab damals, die das alles in das Leitbild geschrieben haben. Ansonsten wären wir wahrscheinlich noch immer im schnöden Charme der frühen 60er Jahre verwurzelt. Auch hier gilt es, „Werben wir für unsere Stadt, die für die internationale und nationale Anerkennung die wichtigen Voraussetzungen geschaffen hat. Dank an alle, die den Mut gehabt haben, diese Neuentwicklungen anzustoßen.

"Wir wollen für die gesamte Region eine qualitätsorientierte Neugestaltung des Tourismus. Wir setzen auf ein neues Bewusstsein aller im Tourismus Tätigen. Unsere Gäste sollen sich so wohl fühlen, dass sie länger bleiben, wiederkommen und überall für Koblenz werben. Dies setzt eine Neuorientierung bei der Gestaltung niveauvoller Leistungsangebote voraus. Wir wollen die touristischen Angebote zu einer niveauvollen regionalen Gesamtdienstleistung verknüpfen. Wir wollen eine europäische Stadt am Mittelrhein mit eigener regionaler Identität sein."

Das ist wieder eine Vision aus dem Leitbild der frühen 90er Jahre: Heute wollen wir einen Beschluss fassen, der auch dieses Ziel noch einmal mit der Lupe betrachtet: Alle im Tourismus Tätigen sollen bald dazu beitragen, dass unsere Stadt das bleibt, zu dem sie nach dem unvergesslichen BUGA- Jahr 2011 geworden ist. Wenn schon die Lobby der Hoteliers es

geschafft hat, unseren Beschluss der Bettensteuer zu kippen, dann hoffe ich, dass sie jetzt auch genügend bei ihren Kollegen werben werden, die Beiträge zu stemmen, die notwendig sind, um Koblenz so attraktiv zu erhalten, wie es jetzt, 2012/13 ist. Sonst werden in einem überschaubaren Zeitraum auch die Übernachtungszahlen schnell wieder sinken. Dann aber soll keiner sagen: ach hätten wir doch damals...

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen!

- Die Ansätze der Verwaltung und der Haushaltsstrukturkommission sind gut, man merkt den eisernen Sparwillen. Alle im Stadtrat müssen mitziehen und nicht als Lobbyisten alles wieder in Frage stellen.
- Die Anstrengungen im Tourismus müssen anhalten, die Rhein-Mosel-Halle, Schloss und Kulturbau müssen bestens vermarktet werden.
- Die Hebesätze für Gewerbe- und Grundsteuern müssen dem Niveau vergleichbarer Städte angepasst werden.
- Auch müssen wir als Bürger unsere Ansprüche an die Stadt etwas zurück schrauben.

Und da ist wenigstens ein kleiner Vorschlag unserer Fraktion auf die Zuwendungen des Weihnachtssessen aus dem Stadtsäckel entschieden worden und ich hoffe, dass wir uns heute Abend alle leisten können mit dabei zu sein. Es ist schon bemerkenswert, dass dieser Vorschlag in die Landeshauptstadt von NRW vorgedrungen ist. Dort wird auch positiv darüber diskutiert; bemerkenswert aus dem Grund, dass Düsseldorf jetzt zum 14-ten Mal einen ausgeglichenen Haushalt einbringt und trotzdem an so einer Kleinigkeit sparen will.

Fazit:

Die F/B/G wird dem Haushalt 2013 in der vorliegenden Form zustimmen.

Warum?

Weil wir erkennen, dass fast alle Beteiligten auf dem richtigen Weg sind, nämlich da zu sparen, wo es notwendig ist, und da zu investieren, wo es wichtig und unabwendbar ist.

Ich bedanke mich im Namen der FBG- Fraktion bei dem Kämmerer, Herrn Oberbürgermeister Hofmann- Göttig, bei der Bürgermeisterin und den Dezernenten, insbesondere bei Frau Brockmann-Kneip und ihrer Mannschaft und allen maßgeblich Beteiligten an dem vorliegenden Beschlussentwurf.

Vielen Dank